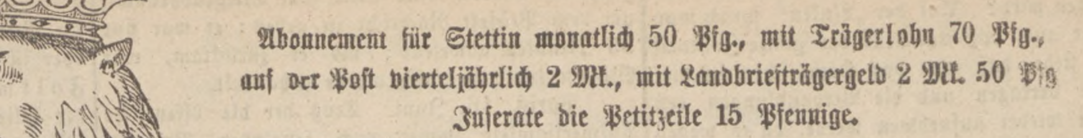
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.


Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 19. Juni 1886. Nr. 279.

Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Der Kaiser hat bestimmt, daß die Offiziere des 1. westfälischen Husaren-Regiments Nr. 8, um das Andenken ihres verstorbenen Chefs, Ludwig II., König von Baiern, zu ehren, auf 8 Tage Trauer anzulegen haben.

— Im November v. J. ist die gegenwärtige Reichstagssession eröffnet worden; jetzt, Mitte Juni, geht dem Bundesrath eine neue, noch zur Erledigung in dieser Session bestimmte Vorlage zu! Und nicht etwa eine solche, die durch unvorhergesehene Umstände veranlaßt ist; das sog. Militär-Reliktengesetz, dessen dem Bundesrath soeben vorgelegten Entwurf wir bereits mittheilten, hat den Reichstag wiederholt in früheren Jahren beschäftigt, sollte es abermals eingebracht werden, so konnte dies beim Beginn der Verhandlungen im vorigen Herbst, spätestens aber, falls man es als eine Konsequenz der Neuregelung der Pensionen betrachtet, vor mehreren Monaten, als diese gesichert war, vorgelegt werden. Wenn es jetzt geschieht, angesichts der von allen Seiten behaupteten Unmöglichkeit, den Reichstag nochmals in beschlußfähiger Anzahl auch nur zur formellen Entscheidung über den thatsächlich gescheiterten Branntweinsteuerentwurf zusammenzubringen, so beweist dies schlagend, in wie unzulänglicher, der erforderlichen Voraussicht entbehrender Art die parlamentarischen Arbeiten seitens der Regierung vorbereitet werden.

Auch wenn es an Zeit für die Erledigung der Vorlage nicht fehlte, würde dieselbe aber so, wie sie ist, keine Aussichten haben. Der Stein des Anstoßes, an welchem sie früher scheiterte, ist wiederum vorhanden. Zwar behauptet die von uns mitgetheilte Begründung, derselbe sei durch eine „Uebergangsbestimmung, durch welche lediglich den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird", aus dem Wege geräumt; das ist jedoch keineswegs so. Das Hinderniß des Zustandekommens des Gesetzes bestand früher darin, daß die Regierung die im Falle der Verehelichung zum Nachweis eines gewissen Vermögens verpflichteten Offiziere (Hauptleute und Lieutenants), so lange sie nicht verheirathet sind, von den Beiträgen für die Wittwen- und Waisen-Versorgung befreien wollte, während jeder junge, unverheirathete Zivilbeamte diese Beiträge von seinem Gehalt bezahlen muß. Die angebliche „Uebergangsbestimmung" des gegenwärtigen Entwurfs besteht nun darin, daß die Beiträge von den bezeichneten Offizieren „bis nach erfolgter entsprechender Erhöhung der Gehälter nicht erhoben werden sollen". Das ist, da eine solche Erhöhung vor der Hand nicht zu erwarten ist, lediglich ein anderer Ausdruck für die Befreiung von der Beitragspflicht.

Bei einer früheren Verhandlung des Gegenstandes ist aus der Mitte des Reichstags, um das Gesetz im Interesse der Offiziersfamilien zu Stande zu bringen, ein ähnlicher Vermittelungsvorschlag gemacht worden, wie der, auf Grund dessen die Frage der Kommunalbesteuerung der Offiziere jüngst gelöst und dadurch der Erlaß des neuen Pensionsgesetzes ermöglicht wurde. Man hat vorgeschlagen, daß die oben bezeichneten Offiziers-Klassen statt 3 nur $1^1/_2$ Prozent des Gehalts als Beitrag zur Wittwen- und Waisen-Versorgung zahlen sollen. Ein rechtzeitig eingebrachter Entwurf, der sich diese Bestimmung angeeignet hätte, würde Aussicht auf Erfolg gehabt haben; die dem Bundesrath zugegangene Vorlage hat sie nicht, und zu einer Amendirung im Reichstage dürfte es zu spät sein.

(Nat.-Ztg.)

— Die nächste Plenarsitzung des Reichstages wird keinenfalls vor dem 30. Juni, möglicher Weise erst am 1. Juli stattfinden. Auf die Tagesordnung wird die zweite Berathung der Branntweinvorlage gesetzt werden, welche voraussichtlich in einer einzigen Sitzung durch Ablehnung der Vorlage erledigt wird. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die Absicht der Regierung, auch die anderweitigen dem Reichstage zugegangenen Gesetzentwürfe zur Berathung zu bringen, an der Beschlußunfähigkeit des Hauses scheitern werde. Möglicher Weise wird bezüglich der neuerdings dem Reichstage zugegangenen Literarkonvention mit Großbritannien eine Ausnahme gemacht, da diese zu einer materiellen Berathung keinen Anlaß giebt. Inzwischen bleiben die „Berl. Pol. Nachr." und ihre Hintermänner dabei, daß der Reichstag, der jetzt sieben Monate beisammen ist, viel zu wenig gearbeitet habe:

„Wenn es richtig ist, so wird deduzirt, daß der Reichstag in der gegenwärtigen Session 93 Sitzungen abhielt, so bleibt die Zahl derselben noch immer erheblich hinter der Zahl derjenigen der letzten Session und voraussichtlich selbst hinter der Zahl der Sitzungen zurück, welche das preußische Abgeordnetenhaus bis zum 30. d. M. abgehalten haben wird. Und dann fällt diese Zahl auf eine Sitzungszeit von $5^1/_2$ Monaten, während die 93 Sitzungen des Reichstages sich auf eine um 2 Monate längere Session vertheilen. Letzterer hat ungleich weniger angestrengt gearbeitet, als das Abgeordnetenhaus. Die langen Unterbrechungen, welche zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten in den Sitzungen des Reichstags eintraten, tragen ebenso wie die verhältnißmäßig geringe Betheiligung, welche die Berathungen dieser Körperschaft seit Jahresbeginn aufweisen, gleichfalls das ihre dazu bei, die Behauptungen einer besonders anstrengenden Reichstagssession auf ihren wahren Werth zu reduziren. Kurzum, auch in dem Maße der dem Reichstag obgelegenen Arbeiten ist ein ausreichender Anlaß nicht zu erkennen, auf die gründliche Erledigung des ihm vorliegenden Arbeitspensums oder auf weitere dringliche Vorlagen zu verzichten."

— Bei dem heute zu Ehren des Erzbischofs Krementz von der Stadt Aachen veranstalteten Festmahl, an welchem die Spitzen der Staatsbehörden und der Geistlichkeit theilnahmen, brachte der Erzbischof einen Toast auf die beiden souveränen Gewalten in Staat und Kirche aus; die heutige Feier sei erhöht durch die Erwartung des vollen Friedens. Er schaue dankbar auf zu der erhabenen Person Sr. Majestät des Kaisers, der Vertrauen in den heiligen Vater gesetzt und ihm die Vermittlerrolle übertragen habe, und gedenke freudig des Besuchs Sr. k. k. Hoheit des Kronprinzen in Rom. Der heilige Vater habe standhaft die Zeit erwartet, wo sein Vertrauen auf die Weisheit, die Gerechtigkeit und das Wohlwollen unseres Kaisers von Erfolg gekrönt werden sollte.

München, 18. Juni. Der gestrige Abend und der ganze heutige Tag gehören dem Empfang der fürstlichen Gäste und Abgesandten. Soeben, wenige Minuten vor 11 Uhr, fuhr mit halbstündiger Verspätung der fahrplanmäßige Berliner Kourierzug mit dem deutschen Kronprinzen in die Perronhalle ein, auf der die 1. Kompagnie des Infanterie-Leibregiments in feldmarschmäßiger Ausrüstung mit der florumhüllten Fahne und der ganzen Regimentsmusik aufgestellt war. Prinz-Regent Luitpold in der Uniform seines preußischen Artillerie-Regiments mit der Kette des Schwarzen Adlerordens um den Hals erwartete den Zug, hinter ihm die sämmtlichen Prinzen des herzoglichen Hauses. Die Waggonthüren des ganzen Zuges blieben geschlossen, bis die Begrüßung vorüber war.

Bei der Einfahrt ertönte gedämpfter Trommelwirbel. Als Erster entstieg der Kronprinz dem Zuge; Prinz Luitpold trat salutirend vor und nun erfolgte herzliche Begrüßung, Umarmung und Kuß. Der Kronprinz, der die Uniform des 2. baierischen Ulanen-Regiments trug, sah tief ernst aus und schüttelte mit bewegten Worten den erschienenen acht baierischen Prinzen die Hand. Auch der Kriegsminister, die kommandirenden Generale, die in Uniform erschienenen Minister und der preußische Gesandte erhielten begrüßenden Händedruck des Kronprinzen, der dann die Front der Ehrenkompagnie abschritt und durch die Fürstenzimmer schreitend mit dem Prinz-Regenten zusammen eine zweispännige Hof-Galakutsche bestieg, der ein Spitzreiter vorausritt. Der Kronprinz nimmt in der königlichen Residenz Wohnung, sein Gefolge in den „Vier Jahreszeiten".

Unter dem Geläute aller Kirchenglocken ist soeben, 12 Uhr 38 Minuten, auf der Residenz die kolossale Trauer-Flagge gezogen, direkt über dem Schlafzimmer des verstorbenen Königs. Die Residenz ist jetzt von allen Seiten durch Militär-Kordons abgesperrt. Die Aufregung ist unbeschreiblich. Das Straßenleben wächst stündlich, alle Frauen erscheinen in tiefster Trauer. München hat solche Tage noch nicht gesehen.

Das ganze Oberland, insbesondere die Gegend von Hohenschwangau, Füssen und das angrenzende Tirol u. s. w. soll nach einer in der „Frankf. Ztg." mitgetheilten Aeußerung eines hervorragenden Abgeordneten zum bewaffneten Widerstand bereit gewesen sein. — Bei dem der Volkspartei im Reichstage angehörigen Abgeordneten Kröber erschien eine Deputation von Oberländern, welche ihm auseinandersetzten, dem Könige sei Unrecht geschehen, er müsse sich der Sache annehmen. Kröber erwiderte, er könne das nicht, weil er nicht im baierischen Landtag sei; man möge zu Herrn v. Stauffenberg gehen. Die Deputation trug ihr Anliegen diesem vor. Herr v. Stauffenberg beruhigte sie mit dem Hinweis auf den Tod des Königs. Es sei zwecklos, jetzt nach dieser Richtung zu handeln. Die Oberländer waren damit beruhigt.

München, 18. Juni. Der Großherzog von Baden ist hier eingetroffen.

Stuttgart, 18. Juni. Wie der „Staats-Anzeiger für Würtemberg" meldet, begiebt sich Herzog Albrecht nach München, um den König bei der Beisetzung zu vertreten, da Prinz Wilhelm durch Unwohlsein verhindert ist.

Ausland.

Von der österreichischen Grenze wird der „Nat.-Ztg." vom 15. d. M. geschrieben:

Ich habe seit Monaten Veranlassung genommen, Sie auf alle Symptome aufmerksam zu machen, die auf eine allmälige Wendung in unseren inneren Verhältnissen und vor allem auf eine Annäherung der Regierung an die deutschliberale Partei hindeuteten. Schon die Thronrede, mit welcher das neugewählte Parlament eröffnet worden, ließ eine Interpretation in diesem Sinne zu; die seiner Zeit vielbesprochenen Aeußerungen des Reichskriegsministers über die deutsche Armeesprache gehörten in die gleiche Kategorie; die Ernennung des Dr. von Gautsch zum Unterrichtsminister bekundete zum Mindesten, daß die Regierung nicht geneigt sei, das Unterrichts-Portefeuille im Sinne der Wünsche der Gegner des Deutschthums zu besetzen; die als sicher betrachtete Ergänzung des Kabinets durch den Marquis von Bacquehem als Handelsminister kann gleichfalls nur in dem erwähnten Sinne aufgefaßt werden; als ein weiterer Beweis für die Geneigtheit der Regierung, sich der deutschliberalen Partei zu nähern, kann aber das neueste zu verzeichnende Faktum betrachtet werden, nämlich das Erscheinen des Statthalters Grafen Thun bei der gestrigen Hauptversammlung des deutschen Schulvereins in Salzburg und die Anrede, welche derselbe an die Versammlung gerichtet hat. Man hat es hier mit einem Desaveu der vor einiger Zeit aufgetauchten Gerüchte zu thun, als sei die Regierung eine Gegnerin des deutschen Schulvereins. Graf Thun begrüßte den Verein nicht blos in herzlicher Weise, sondern hob auch seine wesentlichen und dankenswerthen Verdienste um den Staat und um die Kulturaufgaben desselben hervor. Wir glauben, daß man diese Kundgebung um so weniger unterschätzen dürfen wird, als man es nicht etwa blos mit einer persönlichen Enunciation des Grafen Thun, sondern mit einer seitens desselben im vollen Einklange mit der Regierung, mit deren Vorwissen, ja wahrscheinlich in deren Auftrage in Scene gesetzten Manifestation zu thun hat. Graf Thun hatte sich nämlich in Karlsbad befunden und hat seinen dortigen Kuraufenthalt eigens unterbrochen, um in Salzburg die dort stattfindende Hauptversammlung des deutschen Schulvereins begrüßen zu können. Wir haben immer nur von einer sich allmälig vollziehenden Wendung gesprochen, und nur einen kleinen Schritt weiter von rechts nach links möchten wir auch diesen neuesten verzeichnen. Es würde sich von deutscher Seite nicht empfehlen, denselben allzu stark aufzubauschen und hierdurch etwa einen Sturm von tschechischer Seite hervorzurufen. Auch daran scheint der Regierung gelegen zu sein, die tschechischen Leidenschaften zu dämpfen, wie denn auch den gestern von tschechischer Seite in Prag anläßlich der Ankunft eines slawischen Theaterbesucherzuges aus Deutschland versuchten Demonstration, bei welcher der deutsche Reichstags-Abgeordnete von Gräve eine Hauptrolle spielte, sofort entschieden entgegengetreten und ein Ende gemacht wurde. Wohl aber wird man deutscherseits Ursache haben, all die erwähnten Symptome wachsam zu verfolgen und sich darnach einzurichten. An die Möglichkeit eines unvermittelten Umschwunges oder der Verwandlung der gegenwärtig deutschen Minorität in eine Majorität glaubt man ja in den deutschen Kreisen selbst nicht. Man muß sich also vorläufig mit der Aussicht auf eine Uebergangs-Periode begnügen.

Wien, 13. Juni. Der deutsche Klub des österreichischen Abgeordnetenhauses veröffentlicht an der Spitze der heutigen „Deutschen Zeitung" eine Erklärung, der zufolge die „Deutsche Zeitung" hinfort als „Organ der Partei" erscheint. Die Verbindung der Partei mit der Leitung des Blattes werde bei allen Fragen von hervorragender Wichtigkeit gewahrt werden. Neben der kräftigen Wahrung der nationalen Interessen bezeichnet der deutsche Klub als zweite Hauptaufgabe der „Deutschen Zeitung", jedem unlauteren Gebahren auf wirthschaftlichem und finanziellem Gebiete entschieden entgegenzutreten. Auf den Straßen-Anschlägen des kühnen Unternehmens, welche mit Riesen-Buchstaben die Worte „Kampf gegen die Korruption" zeigten, mußte dieser „Kampf gegen die Korruption" auf Befehl der Polizei überklebt werden, weil sie darin eine auf Straßen-Anschlägen unzulässige „Polemik" sah. Die Oberleitung der Zeitung hat, wie schon gemeldet, Dr. Heinrich Friedjung übernommen. Als Herausgeber zeichnet Ludwig Womorzynski, welcher außer der Administration den volkswirthschaftlichen Theil leitet.

Der heutige Pfingstartikel des „Pester Lloyd", welcher hier bereits in telegraphischem Auszuge vorliegt, läutet die Friedensglocken und bringt drei bemerkenswerthe Versicherungen. Es wird darin vor allem betont, daß die Bestrebungen zur Errichtung eines selbstständigen ungarischen Heeres seit 1867 wohl einen Theil des Programms der Unabhängigkeits-Partei bilden, doch glaube diese Partei selbst nicht an die Möglichkeit einer Verwirklichung in absehbarer Zeit, „während die Beziehungen der Bevölkerung zu den Mitgliedern der gemeinsamen Armee im größten Theile des Landes sich bis zur Herzlichkeit erwärmten". Die zweite Versicherung besagt, daß Graf Andrassy keineswegs als etwaiger Nachfolger Tisza's angesehen werden wolle, da zwischen beiden in der Frage, welche als Veranlassung des früheren oder späteren Rücktrittes Tisza's in den Vordergrund gestellt wird, keine Meinungs-Verschiedenheit bestehe. Zum dritten wird versichert, daß seitens der ungarischen Regierung nichts vorgefallen sei, wodurch sich die Armee gekränkt fühlen könnte, während andererseits das kaiserliche Handschreiben an den Erzherzog Albrecht keineswegs als Spitze gegen Tisza ausgelegt werden dürfe, da es „in einer durchaus richtigen, der staatsrechtlichen Gestaltung der Monarchie entsprechenden Form abgefaßt" sei.

Wien, 16. Juni. (Voss. Ztg.) Die Regierung hat heute im Abgeordnetenhause eine Schlappe erlitten. Gleich einer der ersten Posten des Zolltarifs, die Besteuerung von Melasse, führte die Differenz zwischen dem Ansatze der Regierung und dem Beschlusse des Hauses herbei. Der Zolltarif schlug per 100 Kilogramm Melasse nur 25 Kr. (gegen 6 Fl. früher) vor; der Ausschuß änderte den Zollsatz und bestimmte 1 Fl. Nun aber brachte heute der Czeche Kaizl den Antrag auf Erhöhung auf 1 Fl. 50 Kr. ein und begründete denselben damit, daß der Import von Melasse erschwert werden müsse, damit die ohnehin in einer ungünstigen Lage befindliche Zuckerindustrie eine höhere Verwerthung für dieses Abfallprodukt finde. Sektionschef Baumgartner sollte zwar die Regierungsziffer vertheidigen, er that dies aber so unglücklich, daß er zu dem verzweifelten Schlusse gelangte, daß man den Melasseproduzenten nicht so sehr einen Schutz als einen Trost gewähren wollte! Und der Leiter des Handelsministeriums, Baron Pußwald, fand auch kein besseres Argument, als den neuerlichen Hinweis auf die Vereinbarungen mit Ungarn. Unter diesen Umständen überließ es der Gelegenheits-Referent Meznik dem Hause, sich selbst ein Urtheil zu bilden. Dies geschah denn auch und der czechische Antrag wurde fast einstimmig angenommen. Herr von Dunajewski war nicht im Hause und erfuhr erst später, als er sehr fröhlich hereintänzelte, von dem Unglück. Die feste Abmachung

mit Ungarn ist also durchbrochen und nun fragt es sich, welche Folgen dieser von den Czechen, also einer Regierungsfraktion, herbeigeführte Beschluß haben wird? Auf der „Linken“ sprach man die Ansicht aus, daß nunmehr der ganze Zolltarif in Frage stehe, daß man das Haus schon in dieser Woche vertagen und die Verhandlungen erst im Herbste wieder aufnehmen werde, da es wegen der Kürze der Zeit zwecklos wäre, die Berathungen fortzusetzen. Das Herrenhaus müßte die Ziffer der Regierungsvorlage wieder herstellen, dann käme der Tarif zur nochmaligen Berathung an das Abgeordnetenhaus, dessen Majorität aber durchaus nicht verläßlich wäre, und endlich würde man doch nicht bis zum letzten Juni fertig werden können. Die Offiziösen von der „Rechten“ versichern dagegen, daß die Ungarn die Erhöhung des Zolles für Melasse schon in ihrem eigenen Interesse genehmigen und bei dieser Post keine Schwierigkeit machen werden. Einen Erfolg hatte der Beschluß aber doch schon; die Zollkommission des Herrenhauses, welche gerade beisammen war, als die Kunde von der Erhöhung kam, ging sofort auseinander. Mit großer Gemüthsruhe setzte sodann das Haus die Berathung fort. Die Agrarier stimmten den Regierungsansätzen enthusiastisch zu, weil sie sich davon einen Gewinn für die Landwirthschaft versprechen. Die Freihändler negirten diese Voraussetzungen, indem sie nachzuweisen suchten, daß wir im Inlande genug Getreide haben, fremde Absatzgebiete aber nicht gewinnen können. Die sieben italienischen Südtiroler hinwieder forderten, daß die Getreideeinfuhr aus Italien nach Südtirol ganz zollfrei werde. Alle Amendements wurden aber abgelehnt und die Regierungsansätze angenommen.

Die Czechen sind über die dem deutschen Schulverein vom Salzburger Landes-Präsidenten Grafen Thun kundgegebenen Sympathiebezeugungen wüthend und betrachten das als eine „Beleidigung“ des Czechenthums, als eine Schwenkung in der Regierungspolitik, kurz als einen Akt, welcher Revanche heischt. Und deshalb jubelten sie auch, als der Antrag Katzl angenommen wurde, was dem Ministerium doch keinesfalls angenehm sein kann. In ihrem ersten Zorn hätten sie auch den Antrag Süß angenommen, aber bis Freitag werden sie schon ruhiger werden. Auf der „Rechten“ meint man, daß Thun nur den Weisungen des Ministers Gautsch gefolgt sei, denn er habe seine Ansprache verlesen, was eine frühere Vereinbarung mit dem Unterrichtsminister voraussetzen lasse, und nicht nur mit diesem, sondern auch mit dem Grafen Taaffe. Angesichts der Verfolgungen, welchen der deutsche Schulverein in Böhmen und Mähren ausgesetzt ist und die beinahe zu dessen Auflösung geführt hätten, ist das Benehmen des Salzburger Landespräsidenten allerdings auffallend. Im Lager der Opposition denkt man nicht so sanguinisch über diese „Schwenkung der Regierung“, wohl aber meint man, daß das Ministerium damit den antisemitischen „Schulverein für Deutsche“ treffen wollte, der soeben in der Bildung begriffen ist und sich alle Mühe giebt, dem alten Schulverein die Ortsgruppen im nördlichen Böhmen, in Schlesien und Steiermark wegzufischen.

Zu Pfingsten fand in Krakau ein Verbrüderungsfest zwischen den Lemberger und Krakauer Demokraten statt. Dasselbe wurde von den Redakteuren der demokratischen Blätter dieser Städte veranstaltet und war sehr zahlreich besucht, auch von Jungruthenen. Die Spitze dieser „Verbrüderung“ wendete sich gegen die Adelspartei, welche heute in allen autonomen Körperschaften, im Landtage und im reichsräthlichen Polenklub die Oberhand hat und — wie die Demokraten öffentlich und feierlich erklärten — das Land seinem völligen Ruin zuführt. Es gab überaus scharfe Reden schon auf dem Bahnhofe und man fühlte sich um so weniger genirt, als der Adel und selbst der Bürgermeister von Krakau, übrigens ein Mameluk der Adelspartei, sich demonstrativ fern hielten und sogar die Polizei zur Ueberwachung der Demokraten aufboten. Wenn man bedenkt, daß Krakau bisher das Hauptquartier der Adelspartei war und daß in Folge dessen eine große Entfremdung zwischen Lemberg und Krakau bestand, so muß nach der sympathischen Aufnahme der ostgalizischen Gäste konstatirt werden, daß sich die Reihen der Anhänger des Adels lichten und daß dessen verhängnißvolle Uebermacht, wenigstens in den Städten, einen Abbruch erlitten hat. Gewiß ist, daß noch vor 10 Jahren eine dem Adel feindliche Demonstration in der alten Königsstadt kläglich gescheitert wäre. Heute ist das anders geworden, und die Mißerfolge des Polenklubs, sowie seine jämmerliche Haltung in der Frage des Petroleumzolles haben wesentlich zur Diskreditirung des Hochadels beigetragen.

Paris, 16. Juni. Der statistische Stand der Dinge in Decazeville ist jetzt: beschäftigte Arbeiter 1285, beanstandete 232, fortgeschickte 114. Vor der Krisis beschäftigte die Gesellschaft 1500 Arbeiter. Unter den jetzt beschäftigten Arbeitern befinden sich 100, die während der Arbeitseinstellung angenommen wurden; die 346 Arbeiter, die ohne Beschäftigung sind, haben zum größten Theil Decazeville bereits verlassen und ziehen ins Land hinaus, um in den französischen Fabrikgegenden ihre — Ideen zu verbreiten. Im Prozeß wegen Watrins Ermordung wurden bis jetzt 16 Zeugen vernommen: die einen bestätigen die Wuth der Arbeiter gegen Watrin, die längst vor dem Aufstande das Schlimmste befürchten ließ. Schon 8 Monate vor Watrins Ermordung las Architekt Gaffard die Worte: „Watrin ist verurtheilt.“ Andere Zeugen sagen über die Mordszene aus, bringen aber nichts Neues und mehrere Angeklagte erheben Einspruch gegen ihre Aussagen. Als Laur und der Bürgermeister von den Arbeitern bei Seite geschoben worden, eilte Laur zum Telegraphenamt, um dem Präfekt Nachricht zu geben; er war nur 35 Minuten abwesend; als er zurückkam, war Watrin todt: so rasch wurde gehandelt.

Paris, 16. Juni. Trotz der die öffentliche Aufmerksamkeit immer noch fesselnden Prinzenfrage ist die Ansprache, welche der heute von seinem Ausfluge in die Provinz zurückgekehrte Kriegsminister General Boulanger gestern an die Offizierszöglinge der Reitereischule von Saumur, die fast alle in den Jesuitenschulen erzogen und wegen ihrer antirepublikanischen Gesinnungen bekannt sind, gehalten hat, nicht unbemerkt geblieben. Nach der üblichen Belobigung sagte der Kriegsminister:

„Sie erinnern sich wohl noch meines an die Korps-Oberbefehlshaber gerichteten Rundschreibens vom 1. Februar. Dieses Rundschreiben habe ich auch für Sie und die ganze Armee erlassen. Ich sehe, daß Sie mich verstehen und ich nicht nöthig habe, Ihnen den Wortlaut zu wiederholen, aber ich wünsche, daß Sie sich mit dem Buchstaben und dem Geist desselben bekannt machen. Ich will nicht Ihre Herzen prüfen, nicht in Ihrem Gewissen lesen — das würde eine weder meiner noch Ihrer würdige Beschäftigung sein —, aber Sie werden es leicht begreifen, der Kriegsminister hat, ohne deshalb Politik treiben zu wollen, die Pflicht und das Recht, von allen Mitgliedern des Heeres die höchste Achtung für die Staatseinrichtung zu verlangen, welche sich das Land, unser aller Gebieter, aus freien Stücken gegeben hat, und bei keiner Gelegenheit werde ich gegen diese Pflicht verstoßen. Hoffentlich ist dieses hier wohl verstanden worden; ein für allemal sei es gesagt und um niemals darauf zurückzukommen, erneuere ich Ihnen meine vollen Glückwünsche zu der guten Haltung der Reitereischule.“

Heute Nachmittag fand die angekündigte Wallfahrt nach der Kirche des Sacré Coeur auf Montmartre statt. Der Feier stand Msgr. Richard, der Koadjutor des Erzbischofs von Paris, vor; fast alle klerikalen Deputirten, viele Senatoren — unter ihnen Buffet und Chesnelong, — die Abordnungen der katholischen Gesellenvereine, an ihrer Spitze Graf de Mun, und die der verschiedenen religiösen Ordensgesellschaften sowie viele Damen und Herren der royalistischen Partei waren anwesend. Der Gottesdienst wurde in der vorläufig hergerichteten Kapelle abgehalten. Nach dem Absingen des „Sauvez Rome et la France au nom du sacré coeur“ hielt der Pfarrer Fachès die Predigt und suchte zu beweisen, daß der Kultus der Jungfrau von Orleans und des heiligen Herzens Jesu auch heute noch bestehe, er sei es, der Frankreich retten werde. „Beten wir,“ schloß Fachès, „besonders im gegenwärtigen Augenblicke, wo Frankreich eine schreckliche Krisis durchmacht, eine Krisis, welche sich in zwei Rufe zusammenfassen läßt: Katholizismus auf der einen, Freimaurerei auf der andern Seite! Mögen die Katholiken beten und der Sieg der Kirche wird sicher sein. Mögen die Furchtsamen sich mit den Eifrigen verbünden und die Lässigen werden nachfolgen. Im Namen des heiligen Herzens rufe ich: „Es lebe Frankreich!“ Nach dieser Ansprache besuchten die Pilger die neue, noch nicht vollendete Kirche. Chesnelong hielt dort eine Rede, worin auch er den baldigen Sieg der Kirche ankündete und vorhersagte, daß Frankreich binnen kurzem nach Montmartre wallfahren werde, um in der Kirche des Sacré Coeur Gott um Verzeihung für die seit 1789 begangenen Sünden anzuflehen. Zum Schluß der Feier ertheilte Msgr. Richard den apostolischen Segen

London, 17. Juni. Die Aufhissung der französischen Flagge auf den Neuen Hebriden hat in England einen allgemeinen Unwillen erregt, und die Leitartikel der Zeitungen lauten ebenso gefahrdrohend wie zur Zeit des französischen Angriffs auf Tunis und Tonkin. Der „Standard“ äußert, es sei unmöglich, ein zweites Beispiel von gleicher Doppelzüngigkeit zu finden, wie es Frankreich in diesem Falle geliefert habe. Die „Morning Post“ schiebt die Schuld auf Gladstone und das Kabinet, welches alles über sich ergehen lasse. Die „Times“ vervollständigt in einem Leitartikel die Veröffentlichung einer langen Depesche des englischen Generalagenten von Viktoria an die englische Regierung, worin ausgeführt wird, daß gemäß der australischen Verbindungsakte Australien die Regelung der Beziehungen des australischen Festlandes zu den Inseln im Stillen Ozean zustehe und daher die Abtretung der Neuen Hebriden dem australischen Rechte zuwiderlaufe, dieselbe also zu beanstanden sei! „Daily Telegraph“ meldet, Freycinet habe Lord Lyons gegenüber alle bisher getroffenen Maßnahmen als blos vorläufig geltend hingestellt; die Aufhissung der französischen Flagge sei nur ein Zeichen, daß französische Truppen auf den Inseln anwesend seien, die indessen nach Wiederherstellung der Ordnung zurückgezogen werden würden. Diese Beschönigung dürfte aber besonders für England, welches selbst unter ähnlichen Bedingungen Egypten besetzt hält, wenig beruhigend sein.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Juni. Ein Miether, welcher seine für die Miethsschuld haftenden Mobilien gegen den Willen des Vermiethers aus seiner Wohnung nach einer anderen Wohnung desselben Hauses schafft, unter Veräußerung derselben an den Inhaber dieser Wohnung, macht sich dadurch nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 2. Strafsenats, vom 9. April d. J., in Preußen keiner rechtswidrigen Wegnahme seiner dem Vermiether verpfändeten Sachen schuldig.

— Im Bellevue-Theater eröffnet Sonntag die Primadonna von der kaiserl. deutschen Hofoper in St. Petersburg, Frau Lina Glinsky-Falkmann, und Herr Karl Swoboda, der beliebte Operettentenor der Berliner, mit der „Fledermaus“ ein interessantes Gastspiel. Herr Direktor Emil Schirmer spielt den Direktor Frank, bekanntlich eine seiner großartigsten Meisterschöpfungen.

— Der Hausdiener eines größeren Galanteriewaarengeschäfts in der Breitenstraße wurde vorgestern in Haft genommen, weil er verdächtig ist, seit längerer Zeit das Waarenlager seines Prinzipals bestohlen zu haben. Gleichzeitig sind bei verschiedenen, der Hehlerei verdächtigen Personen Haussuchungen vorgenommen worden.

— Dem Oberförster Söllig ist die Oberförsterstelle zu Altkrakow im Regierungsbezirk Köslin und dem Oberförster Dunkelbeck die durch Pensionirung des Oberförsters Schmalz erledigte Oberförsterstelle zu Jakobshagen im Regierungsbezirk Stettin übertragen worden.

— Landgericht. — Strafkammer 3. — Sitzung vom 18. Juni. — Nur Bruderliebe war es, welche den 19 Jahre alten Steinsetzerlehrling Wilh. Wallow aus Höckendorf zur Uebertretung des Strafgesetzbuches veranlaßt hat. Sein Bruder Friedrich hatte wegen Holzdiebstahls eine 3tägige Haftstrafe zu verbüßen, derselbe hatte jedoch gerade gute Arbeit, als die Ordre zur Strafverbüßung eintraf und so entschloß sich Wilh. W., mit der Gestellungsordre nach Greifenhagen zu wandern und sich dort für seinen Bruder in die Haftzelle einschließen zu lassen. Die Sache war ganz gut gegangen, man hatte — ohne Verdacht zu erregen — den Namen Friedrich Wallow in das Gefängnißregister eingetragen, und das ganze Manöver wäre wohl niemals entdeckt worden, wenn Wilh. Wallow nicht schon nach dem ersten halben Tage seiner Haft Heimweh bekommen hätte. Er sehnte sich beim Anblick der „dicken Graupen“ nach den „Fleischtöpfen von Muttern“ und schnell entschlossen ließ er sich bei dem Gefängniß-Inspektor melden, dem er mittheilte, daß er nicht Friedrich, sondern Wilhelm Wallow sei und erfolgte natürlich hiernach seine sofortige Entlassung. Doch nach § 271 des St.-G.-B. ist Derjenige strafbar, welcher bewirkt, daß eine falsche Thatsache, welche für Rechtsverhältnisse von Erheblichkeit ist, in öffentliche Urkunden oder Register eingetragen wird. Da Wilh. W. eine solche Eintragung in das Gefängnißregister verursacht, hatte er sich heute wegen Urkundenfälschung zu verantworten und wurde er zu 3 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevuetheater: „Der Stabstrompeter.“ Große Gesangsposse in 4 Akten. — Elysiumtheater: Drittes Gastspiel des Herrn Direktors Theodor Lebrun. „Herr und Frau Hippokrates.“ Lustspiel in 4 Akten.

Sonntag. Bellevuetheater: Erstes Gastspiel der Frau Lina Glinsky-Falkmann vom kaiserl. deutschen Hoftheater in St. Petersburg und des Herrn Karl Swoboda vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in Berlin. „Die Fledermaus.“ Operette in 3 Akten. — Elysiumtheater: Viertes Gastspiel des Herrn Direktors Theodor Lebrun. „Herr und Frau Hippokrates.“ Lustspiel in 4 Akten.

Bellevuetheater. In Vorbereitung: „Der Zigeunerbaron.“

G. Felix, Moskau 1812, Schauspiel. Berlin, Steinthals Buchhandlung.

Das Drama schildert die gewaltige Katastrophe, durch welche der unersättliche treubrüchige Napoleonide niedergeworfen wird, mit lebendigen Farben in edler Sprache, in Scenen, welche sich sehr gut lesen; ob dieselben auch auf der Bühne einen Erfolg haben werden, das scheint uns freilich zweifelhaft, dazu fehlt es dem Drama unserer Ansicht nach an der spannenden, den Knoten schürzenden und dann überraschend lösenden Entwicklung.

[199]

Vermischte Nachrichten.

— Zwei hübsche Scheffel-Anekdoten lesen wir in der „Frkf. Ztg.“: Neben Scheffel wohnte in Heidelberg lange Zeit ein Flötist, der unaufhörlich das Lied mit Variationen „Nach Sevilla!“ blies. Voll Verzweiflung schrieb ihm eines Morgens der Dichter: „Ich bin von Ihrer Sehnsucht nach Sevilla im höchsten Grade überzeugt, bitte Sie aber herzlichst, sich sobald als möglich auf den Weg zu machen. Bis zur nächsten Station will ich gern das Fahrgeld bezahlen.“ — Eine andere Scheffel-Anekdote bezieht sich auf die Zudringlichkeit der Autographen-Sammler und -Sammlerinnen. Obgleich im Allgemeinen sehr entgegenkommend gegenüber den zahlreichen Ansprüchen dieser Art, für deren Erledigung der gealterte Dichter in seiner Radolfszeller Klause ja auch Zeit hatte, konnte ihm bisweilen doch auch der Geduldsfaden reißen, wenn solche Bitten allzusehr — der „Verschämtheit“ entbehrten. So erhielt er eines Tages von einer Dame in England ein dickes Packet unfrankirt eingesandt, für das der Dichter ziemlich viel Porto zu zahlen hatte Als Inhalt entpuppte sich ein dickes Autographen-Album mit einem Begleitschreiben, das die Bitte um ein Autograph des berühmten Dichters aussprach. Und der Dichter griff wirklich zur Feder und trug ein ihm für den Fall passend erscheinendes Sprüchlein ein. Er ließ das Album wieder einpacken und — frankiren. Die englische Dame aber hatte nach Empfang der Sendung das Vergnügen, zu lesen: „Bildung macht frei“.

— Nach dem hundertjährigen Kalender scheint das Jahr 1886 eine gute Ernte bringen zu sollen, wenigstens weisen die sogenannten „Bauernregeln“ für den Monat Juni darauf hin, indem sie trefflich auf das jetzige Jahr passen. Da heißt es: „Juni feucht und warm, macht den Bauer nicht arm.“ — Donnert's im Juni, geräth das Korn.“ — „Wenn im Juni der Nordwind weht, das Korn zur Ernte trefflich steht.“ — „O heiliger Veit (15. Juni), o reg'ne nicht, damit's uns nicht an Gerste gebricht.“ — „Vor Johannistag keine Gerste man loben mag.“ — „Verblüht der Weinstock im Vollmondlicht, er feisten Traub verspricht.“ Hoffentlich hat der „Hundertjährige“ Recht!

— Ein fast unglaublicher Beweis für den Aberglauben, der noch immer in den Volksschichten entlegener Kulturen herrscht, wird aus Dabia, einem Flecken des Kreises Kolo im Gouvernement Kalisch, berichtet. Am zweiten Osterfeiertage, während das Volk in der Kirche zur Andacht versammelt war, ließ sich plötzlich der Angstschrei von der Straße vernehmen: „Der Antichrist ist in der Stadt, der heilige Markus hat den Antichrist geschickt!“ Auf diesen Ruf stürzte das abergläubische Volk sofort zu den Ausgangsthüren des Gotteshauses, wobei einer den Andern niederstieß. Weder das Zureden einiger Besonnener, noch die Stimme des Priesters vermochten das bethörte Volk zurückzuhalten, erst der Anblick einiger ohnmächtiger Personen und die Unmöglichkeit, nach Außen zu gelangen, brachten das verzweifelte Volk wenigstens theilweise zur Besinnung. Und was war die Ursache des ganzen Vorfalls? Ein Velocipedist war durch den Ort gefahren und das gewöhnliche Volk, welches dieses Verkehrsmittel noch nicht kennt, hielt es für ein Machwerk des Teufels und den darauf sitzenden Jünger des Sports für den Antichrist!

— (Im Kaffeehause.) „Gestern lernte ich einen Herrn kennen, der Dir frappant ähnlich sieht, lieber Adolf.“ — Adolf: „Das glaube ich nicht.“ — Er sieht Dir so ähnlich, daß er mich sogar bat, ihm fünf Gulden zu borgen.“

— (Kindliche Zuversicht.) Onkel Otto ist zum Besuch bei einem Neffen, der eine sehr zahlreiche Familie besitzt, und hat das jüngste der Kinder, die kleine Anna, auf dem Arme.

„Nun, Alfred,“ sagte er zum ältesten Jungen, „was meinst Du, soll ich die kleine Anna mit mir nehmen?“

Alfred: „Thu's nur, lieber Onkel, wir kriegen doch noch mehr.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Posen, 18. Juni. Die von Brennereibesitzern und Spiritusinteressenten der Provinz Posen gewählte Kommission zur Hebung des Brennereibetriebes hat beschlossen, die Spiritusproduktion um 20 Proz. einzuschränken und die Brennperiode nicht vor dem 1. Oktober zu eröffnen.

Wien, 17. Juni. Abgeordnetenhaus. In der heutigen Abend-Sitzung wurden auf den einstimmig gefaßten Antrag des Ausschusses die bereits gemeldeten Anträge von Heilsberg und Kretzig abgelehnt. Nachdem sodann die Tarifklassen Mineralien, Farbstoffe und Gummi ohne Debatte unverändert angenommen waren, begann das Haus die Debatte über den Petroleumzoll, welche morgen fortgesetzt wird.

Der japanische Prinz Fuschumi reist morgen früh von hier nach Berlin ab.

Wien, 18. Juni. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung der Interpellation des Abg. Menger wegen der Vorgänge in Laibach stellte der Ministerpräsident Graf Taaffe zunächst verschiedene vom Interpellanten vorgebrachte Thatsachen richtig und konstatirte, daß der Landespräsident alle zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung nothwendigen Vorkehrungen getroffen, sowie daß der Laibacher Gemeinderath durch seine Haltung während der Straßenexzesse die entsprechendste Korrektur seiner Beschlüsse vom 1. d. M. vorgenommen habe; er (Graf Taaffe) vermöge daher eine Bedrohung der Ruhe und Ordnung durch die Haltung des Laibacher Gemeinderathes nicht zu erblicken und bezweifle, daß die Deutschen Oesterreichs durch das Gebahren der zumeist aus Schülern, Gassenjungen und Lehrbuben bestehenden Menschenansammlung in Laibach sich wirklich beleidigt und gekränkt fühlen, er weise übrigens auf die bereits verhängten und noch zu verhängenden Polizeistrafen hin. (Beifall rechts.) Der Antrag Menger, über die Antwort des Ministerpräsidenten die Debatte zu eröffnen, wurde abgelehnt und hierauf die Berathung über den Petroleumzoll fortgesetzt.

Mons, 18. Juni. In Quaregnon und Flenu haben 600 Arbeiter heute Vormittag die Arbeit wieder aufgenommen.

London, 17. Juni. Das Unterhaus nahm die dritte Lesung der Weinzollbill an.

Petersburg, 18. Juni. Anläßlich des Ablebens des Königs von Baiern hat der kaiserliche Hof eine 24tägige Trauer angelegt.

Athen, 18. Juni. Die Deputirtenkammer nahm mit 30 Stimmen Majorität in dritter Lesung die Vorlagen über die Reform der Wahlgesetze an.

Der Ministerpräsident Trikupis brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Regentschaft während der Abwesenheit des Königs dem Ministerrathe übertragen wird.